

(Hauptstädtische Finanzkommission.) — Die Kommission hielt heute unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bödy eine Sitzung, in der nach einer längeren Appositionierungsdebatte, über die wir bereits im Abendblatte ausführlich berichtet haben, der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die Vorlage über die Einführung einer Lustbarkeits- und Spielkartensteuer verhandelt wurde. Die Verhandlung wurde von dem Vorsitzenden mit der Mitteilung eingeleitet, die Budapester Theaterdirektoren seien heute korporativ beim Bürgermeister erschienen, um ihn zu ersuchen, daß vor der Verhandlung der Vorlage auch ihre Ansicht angehört werde. Zu diesem Zweck möge die Verhandlung verschoben werden. Dr. Samuel Glücksthal meint, daß das Ersuchen der Theaterdirektoren respektiert werden müsse. — Dr. Bela Keleni bemerkt, daß die Steuer schon am 1. Januar ins Leben treten solle, weshalb es nicht angehe, die Verhandlung aufzuschieben. — Dr. Samuel Glücksthal beantragt, die Vorlage in der nächsten Woche zu verhandeln und den Bürgermeister zu ersuchen, daß auch die Generalversammlung um eine Woche verschoben werde. — Dr. Andreas Lengyel spricht

sich für die sofortige Verhandlung aus. — Julius Székula ist ebenfalls für die sofortige Verhandlung, da es wichtig sei, die Steuer so bald als möglich ins Leben zu rufen. — Mag Márkus schließt sich dem Antrage Dr. Glücksthal an. Man müsse die Wünsche der Theaterdirektoren anhören und die Aufschubung der Verhandlung um eine Woche habe nicht viel zu bedeuten. — Dr. Wilhelm Bássonji proponiert, die Vorlage im allgemeinen schon heute zu verhandeln und nur die Verhandlung der Details aufzuschieben. Die Theaterdirektoren hätten sich früher melden sollen. Die Details könnten in der nächsten Woche verhandelt und die Generalversammlung um eine Woche verschoben werden. Der Antrag Dr. Bássonjis wurde angenommen, worauf Magistratsrat Dr. Josef Csopor die Vorlage referierte und die vom Magistrat proponierten Modifikationen, die wir bereits in unserem gestrigen Morgenblatt mitgeteilt haben, unterbreitete. — Dr. Andreas Lengyel nimmt die Vorlage im allgemeinen an, obwohl er es nicht billigen könne, daß von der neuen Steuer ausschließlich das Zerstreuung suchende Publikum betroffen werde. Seiner Ansicht nach sollte nur die Hälfte der Steuer dem Publikum, die zweite Hälfte aber den Vergnügungsunternehmungen, selbstverständlich mit Ausnahme der kulturellen oder künstlerischen Zwecken dienenden Institute auferlegt werden. — Dr. Alexander Petö wünscht, daß die Pferderennen und das Hazardspiel in viel stärkerem Maße besteuert werden sollen. — Dr. Wilhelm Bássonji warnt vor Übertreibungen. Gegen das Hazardspiel bestehe ein Gesetz, durch eine Steuer könne man das Hazardspiel nicht ausrotten. Redner billigt auch die Ausführungen Dr. Lengyels nicht. Das Publikum, das die hohen Vorverkaufsgebühren bezahle, werde auch noch die kleine Steuer erschwingen. Die Lustbarkeitssteuer sei die gerechteste, moralischste Steuer. Redner spricht sich dafür aus, daß die von Schulen veranstalteten, sowie die Wohltätigkeitsvorstellungen von der Steuer befreit werden. — Nachdem noch Magistratsrat Dr. Josef Csopor gesprochen hatte, wurde die Vorlage im allgemeinen angenommen. — Zur Vorbereitung der auf die Pachtung der hauptstädtischen Gofälle bezüglichen Angelegenheit wurde eine Subkommission entsendet. — In Angelegenheit der Pachtung der hauptstädtischen Redoute hatte die Finanzkommission bekanntlich beschlossen, daß sich die Hauptstadt erst Ende 1917 darüber äußern wird, ob sie von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch machen will, oder nicht. Heute meldete nun die zuständige Sektion, daß die Bächter diesen Beschluß akzeptieren. Gleichzeitig wurde gemeldet, wonach Herr Desider Bálint habe der Hauptstadt ein Angebot gemacht, wonach er die Redoute vom 1. November 1917 an für 15 Jahre pachten und in den ersten zehn Jahren einen Pachtbetrag von 60.000, in den letzten fünf Jahren 65.000 Kronen bezahlen wolle. Die Finanzkommission sprach sich auf Antrag der Sektion für Stadtwirtschaft für eine Aufschubung des Kündigungstermins um ein Jahr aus. — Die Kommission nahm zur Kenntnis, daß infolge des Kriegszustandes die Schulbauten um 650.000 Kronen höher zu stehen kamen, als für diesen Zweck präliminiert war. — Die Verhandlung des Budgets der Spitäler wurde auf die nächste Woche vertagt.